

REPUBLIKANER BIETEN STEINBACH NEUE POLITISCHE HEIMAT

Die Republikaner begrüßen den Entschluss der Bundestagsabgeordneten Steinbach, den Klügel der Altparteien zu verlassen. Zutreffend hat sie erkannt, dass Merkel an der aktuellen Misere die Hauptschuld trägt. Ohne die Politik von Merkel und ihre Steigbügelhalter wäre Deutschland heute nicht in dieser katastrophalen Lage. Deswegen ist es richtig und wichtig, wenn sich immer mehr Menschen jetzt positionieren. Dies alleine reicht aber für eine Veränderung nicht aus, weshalb es nunmehr konsequent wäre, wenn Steinbach für die Republikaner im Bundestag die Politik der mehrheitlichen Bevölkerungsmeinung vertritt. Bereits seit über 30 Jahren stehen Republikaner für eine freiheitlich-konservative und kritische Meinungsbildung. Wir waren von Anfang an gegen die Rettung der EU- Pleitestaaten und die hemmungslose Zuwanderungspolitik, die die innere Sicherheit zu Grabe trägt. Wenn Frau Steinbach sich jetzt konsequent gegen die Merkels und Co. dieser Welt stellen will, dann sollte sie den Schritt zu den Republikanern vollziehen.

ASYLCHAOS: ABGELEHNT, ABER NICHT ABGESCHOBEN

Der Terrorasylant von Berlin, der Tunesier Anis Amri, lebte als sog. Geduldeter in Deutschland. Dabei ist die Duldung der schwächste Aufenthaltsstatus eines Asylbewerbers oder Flüchtlings. Genau genommen ist es gar kein Aufenthaltstitel, denn die Duldung besagt nur, dass die betreffende Person eigentlich Deutschland verlassen müsste, die Abschiebung aber vorübergehend ausgesetzt ist. Dabei sind die Aussetzungsgründe oftmals die verschleierte tatsächliche Herkunft oder die Weigerung des Herkunftslandes, ihre eigenen Leute zurückzunehmen.

Ende Juni dieses Jahres lebten laut Bundesregierung 168.000 Geduldete in Deutschland. Etwa zwei Drittel davon sind Männer, 55.000 sind minderjährig. Mit etwa 18.000 und 15.000 stammen die meisten von ihnen aus Serbien und Afghanistan, es folgen in der Rangliste der Herkunftsländer: Kosovo, Syrien, Albanien, Mazedonien. Die Zahl der Geduldeten dürfte seit Bekanntgabe der Zahlen weiter stark gestiegen sein und verschiedene Experten gehen von deutlich über 250.000 Personen aus. Dabei ist die genaue Feststellung schwierig, denn Duldungen werden nicht zentral ausgestellt, sondern von den örtlichen Ausländerbehörden. Entsprechend regional und politisch unterschiedlich gefärbt fällt die Duldungsvergabe aus: Über 46.000 abschiebereife Personen lebten vor 6 Monaten in Nordrhein-Westfalen.

Bayern waren es nur 9.300. Deshalb sprechen wir Republikaner uns auch für eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylanten aus und die Aufstockung von Plätzen in Abschiebegefängnissen. Zudem muss der Druck auf die Herkunftsländer verstärkt werden, wenn diese ihre eigenen Bürger nicht aufnehmen wollen. Während Deutschland Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe bezahlt, diktieren uns die Herkunftsländer die Rücknahmeabkommen. So ein Irrsinn ist nur mit Deutschland als Vertragspartner möglich.

NRW WIRD ZUM ARMENHAUS DER REPUBLIK

Hier zeigt sich deutlich, wie sozial unsere rot-grünen Gutmenschen gegenüber der eigenen Bevölkerung sind. Jeder Sechste ist in unserem Bundesland von Armut bedroht

und fast 12 Prozent aller nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger gelten als überschuldet. Fast 100 000 Haushalten wird jedes Jahr in NRW der Strom abgestellt und die Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen wächst stetig an. Damit dieses Elend endlich ein Ende findet müssen Sozialpatrioten in den NRW-Landtag. Wir Republikaner sehen uns der eigenen Bevölkerung gegenüber verpflichtet. Für uns stehen die Belange unseres Volkes an erster Stelle und nicht die Forderungen der restlichen Welt.

IMMER MEHR HEIMISCHE OBDACHLOSE

Laut der Bundesregierung ist die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland inzwischen auf 335.000 gestiegen. Im Vergleich zu 2010 liegt damit eine Steigerung von 35 Prozent vor. Unten den Betroffenen sind sogar 29.000 Kinder. Das Bundessozialministerium bezieht sich bei den Zahlen auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG), weshalb die tatsächlichen Zahlen noch deutlich höher sein können. Bis 2018 geht aber die BAG schon jetzt von einem weiteren Anstieg auf 536.000 wohnungslose Menschen aus. Aus Sicht der Republikaner ist die aktuelle Zahl zu niedrig angesetzt und bezieht sich nur auf durchschnittliche Hochrechnungen, anhand von bekannten wohnungslosen Personen. Zudem verfügt nur das Bundesland Nordrhein-Westfalen seit den 60er Jahren eine Obdachlosenstatistik, weshalb ohne Übertreibung ein Anstieg auf über eine Million durchaus realistisch sein dürfte, wenn unser Land weiter derart regiert wird.

KURZ UND BÜNDIG

REPUBLIKANER STARTEN IN NRW IHRE KUNDGEBUNGS-TOUR IM FEBRUAR

Ab dem 04.02.17 führen die nordrhein-westfälischen Republikaner wieder öffentliche Kundgebungen durch. Damit fällt in weiteren Kreisverbänden der Startschuss zum Landtagswahlkampf. Mit unserer Partei steht dann den Wählern im gesamten Bundesland eine echte freiheitliche und soziale Partei zur Verfügung, die sich bewährt für die Interessen unserer Bevölkerung einsetzt.

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI FORDERT HÄRTERES VORGEHEN GEGEN KRIMINELLE AUSLÄNDER

In Baden-Württemberg fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine härtere Gangart gegen kriminelle Ausländer mehr Unterstützung beim Vorgehen gegen Intensivstraftäter. Dabei prangert die Gewerkschaft zutreffend an, dass es für die Beamten nicht mehr nachvollziehbar sei, dass Asylanten und Flüchtlinge die angeblich in Deutschland nur Schutz oder Hilfe suchen, straffällig werden und mit sehr geringen oder gar keinen Folgen rechnen müssen. Geldstrafen verpuffen oft wirkungslos und können angeblich von den Betroffenen nicht gezahlt werden. Weitere Maßnahmen bleiben dann aus und das führt in vielen Fällen dazu, dass es sich immer mehr um polizeibekannt Personen handelt, die regelmäßig festgenommen werden und genau wüssten, dass sie für ihre Taten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die GdP fordert im weiteren Zusammenhang, dass Bestrafungen im festgelegten Rahmen auch an die oberste Grenze geht und nicht nur an der niedrigsten Schwelle endet.

Damit liegt die Gewerkschaft der Polizei thematisch genau auf der Linie der Republikaner, die sich bereits mehrfach für härtere Bestrafungen und schnellere Rückführungen ausgesprochen haben, auch bei Erstdelikten.

ZAHL DER SALAFISTEN STEIGT WEITER AN

Derzeit werden in Deutschland nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz über 9700 Personen dem Salafismus zugerechnet. Ende Oktober hatte der Verfassungsschutz die Zahl der Salafisten noch auf 9200 beziffert. Damit steigt nach dem Anschlag in Berlin die Anhängerzahl der Islamisten in Deutschland weiter an. Bedingt durch die Masseneinwanderung dürfte sich ausreichend rekrutierbares Personal in unserem Land befinden. Im Gegensatz zu früher organisieren sich die Islamisten in einer großen Zahl kleinerer Gruppen, die über virtuelle Netzwerke kommunizieren. Damit ist die Gefahr für die Bevölkerung gestiegen, denn die Überwachung erschwert sich durch die Zellbildung.

JETZT REPUBLIKANER WERDEN

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder passiver Unterstützer. Sie sind als Republikaner dann Teil der Oppositionskraft, die sich unbeirrbar für die Interessen unserer Bevölkerung einsetzt und für den Erhalt unserer Identität und Kultur.



Einen Aufnahmeantrag können Sie online hier abrufen:

<http://www.rep.de/mitglied-werden>

Spenden für
Deutschland >



Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE60440100460387450460 BIC: PBNKDEFFXXX

Impressum: DIE REPUBLIKANER (REP) - Postfach 87 02 10 - 13162 Berlin
V.i.S.d.P.: Kevin Krieger

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

UNSERE VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Politischer Stammtisch, am 22.01.2017, um 10.00 Uhr. Zusätzliche Veranstaltungen am 10.2.2017, um 18.00 Uhr, Hauptbahnhof Karlsruhe, ehem. Cafe Fellaus und am 17.02.2017, in Bruchsaal. Weitere Informationen unter www.rep-rheintal.de oder 07254-72375
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend. Einladung schriftlich über den Kreisverband: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Jeden Monat links- und rechtsrheinisch zwei Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter 0176/49997937 oder 0173/7736499.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Wuppertal:** Neujahrsempfang am 29.01.17, um 11.00 Uhr.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Interessierte Bürger könnten sich über essen@rep.de melden.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Ab Februar 2017 führen die Republikaner jeden Monat eine Informationsveranstaltung durch.

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitragshöhe: **Mind. 6,00 € monatlich.**
 Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich
 (3,00 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten bzw. Personen mit geringem Einkommen).
 Aufnahmegebühr: **10,00 €.**

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.